



## Presseinformation

Nr. 067/2008

Kiel, Donnerstag, 28. Februar 2008

*Sperrfrist: Redebeginn*

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Perspektiven der Beruflichen Bildung

### Ekkehard Klug: „Grünes Konzept beruflicher ‚Häppchen-Bildung‘ führt zu Abhängigkeit und Fremdbestimmung“

In der Landtagsdebatte zu TOP 18 (Perspektiven der Beruflichen Bildung) erklärte der bildungspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Ekkehard Klug**:

„Der von den Grünen vorgelegte Antrag über „Neue Perspektiven der beruflichen Bildung“ ist leider insgesamt sehr dürrtig, in Teilen sogar ausgesprochen schädlich.

Letzteres betrifft meines Erachtens vor allem die Ziffer 6 des Antrages, wo es heißt: *„Alle Berufsausbildungsgänge werden in Module gegliedert, die zu zertifizierten Teilqualifikationen führen...“* (usw.)

Zu solchen Vorschlägen - die im Übrigen ja weder neu noch besonders originell sind - hat das IG-Metall-Vorstandsmitglied Regina Görner in einem Gastbeitrag für die „Frankfurter Rundschau“ eine vernichtende und dabei in jeder Hinsicht zutreffende Kritik veröffentlicht. Als liberaler Bildungspolitiker muss ich sagen: Frau Görner trifft den Nagel auf den Kopf, wenn sie diesen Weg in eine „Häppchen-Bildung“ kritisiert, bei der die Berufe in immer kleinere Teile zerlegt werden. Sie schreibt:

*„Anstatt einen Beruf zu erlernen, werden Lern-Scheine gesammelt, Bausteine nach Gusto und Geldbeutel zusammengestellt. Diese Form der Häppchen-Bildung hat für den Einzelnen und die Gesellschaft fatale Folgen. Sie ist das Ende einer Beruflichkeit, die Identität und Engagement erzeugt“.*

Zwischen der „Häppchen-Bildung“ auf der einen Seite und beruflicher Bildung im Sinne eines Status von industrieller oder handwerklicher Facharbeit liegen tatsächlich Welten - und zwar in bildungspolitischer wie gesellschaftspolitischer Hinsicht.

**Wolfgang Kubicki, MdL**

*Vorsitzender*

**Dr. Heiner Garg, MdL**

*Stellvertretender Vorsitzender*

**Dr. Ekkehard Klug, MdL**

*Parlamentarischer Geschäftsführer*

**Günther Hildebrand, MdL**

www.fdp-sh.de

Das eine Leitbild, nämlich die Zerlegung der beruflichen Bildung in Teilqualifikationen, führt am Ende zum „Jobber“, der jeweils ein Zertifikat für die von ihm bei einem speziellen Arbeitsplatz und Betrieb übernommenen Tätigkeiten erwerben muss. Logischerweise bewirkt dies einen sehr engen, auf die jeweiligen ökonomischen Verwertungsmöglichkeiten beschränkten beruflichen Spielraum und somit auch: *Abhängigkeit* und *Fremdbestimmung*.

Das andere Leitbild: die Orientierung an dem in Deutschland bewährten und erfolgreichen Status von handwerklicher und gewerblich-industrieller Facharbeit, ermöglicht neben der Übernahme vielfältiger beruflicher Aufgaben auch das Erreichen gesellschaftspolitisch wichtiger Ziele: nämlich *Unabhängigkeit* - nicht zuletzt durch eine viel stärkere Position im Arbeitsmarkt - und außerdem die Chance zur *Gestaltung der eigenen Lebensperspektiven* (bis hin zum Übergang in die Selbständigkeit). Dies möchte ich als Liberaler den Ausführungen von Frau Görner hinzufügen!

Aber auch ansonsten lassen sich viele Aussagen der Berufsbildungsexpertin der IG Metall den Grünen ins Stammbuch schreiben.

In Ziffer 1 des Antrages der Grünen wird die Einführung einer verschulten Berufsausbildung in Berufs- oder Produktionsschulen praktisch gleichberechtigt neben das duale System der Berufsausbildung gestellt.

Dazu möchte ich auf die Feststellung von Frau Görner verweisen:

*„Das duale Berufsbildungssystem hat sich wegen seines Praxisbezuges und seiner auf Anschaulichkeit und Ernstfall angelegten Lernsituationen als überlegene Qualifikationsform gerade für Menschen erwiesen, die sich mit dem Lernen in theoretischen Zusammenhängen schwer tun. Darauf wird es in Zukunft mehr denn je ankommen“.*

In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf die Ergebnisse der Anhörung verweisen, die der Bildungsausschuss erst vor kurzer Zeit zur Antwort der Landesregierung auf unsere Große Anfrage zur Beruflichen Bildung durchgeführt hat. In der Stellungnahme der schleswig-holsteinischen Handwerkskammern - sie datiert vom 20. November 2007 – liest man zu den von den Grünen angepriesenen „verschulten“ Berufsausbildungen folgendes: *„Wo schulische Ausbildungsgänge mit solchen des dualen Systems konkurrieren, finden die schulischen Abschlüsse keine ausreichende Anerkennung bei den Betrieben.“* Und weiter heisst es dann: *„Diese Ausbildungsgänge sollten sich daher auf Bereiche beschränken, in denen keine direkte Konkurrenz durch das duale System besteht“.*

Dieser Empfehlung der Handwerkskammern stimmt die FDP ausdrücklich zu! Um ein praktisches Beispiel anzuführen: Solche nicht mit Berufsausbildungen im dualen System konkurrierenden neuen Angebote der Berufsschulen könnten beispielsweise in verschiedenen Gesundheitsberufen entstehen - so etwa in Form neuer Berufsfachschulen für die Bereiche Ergotherapie und Physiotherapie.“